

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung (19. TA)

des Kinder- und

Jugendhilfeausschusses

am Donnerstag, 02.03.2023,
Verwaltungsgebäude, Goetheplatz,
1. OG, Raum 107
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend:

Mitglieder des Rates und in der Jugendhilfe erfahrene und tätige Männer und Frauen

Stefan Hebbel	CDU - Vorsitzender
Michaela Di Padova	CDU
Lena-Marie Pütz	SPD
Christoph Kühl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Irina Prüm	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Peter Viertel	i. V. für Vincent Naseband, BÜRGERLISTE
Cornelia Besser	FDP

Vertreter aus dem Bereich der freien Träger der Jugendhilfe und dem Bereich der Wohlfahrtsverbände

Axel Zens	Arbeiterwohlfahrt
Agnes Dahlem	Caritasverband Leverkusen e. V.
Philipp Hackländer	Diakonisches Werk
Jeanna Klossek	Ev. Jugend

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 der Satzung für den Fachbereich Kinder und Jugend

Michael Küppers	Kinder und Jugend (51)
Cornelia Richrath	Frauenbüro
Faik Alkan	Agentur für Arbeit Leverkusen
Sören Schultes	Polizei
Michael Hirth	Katholische Kirche
Hakan Ercan	i. V. für Rabia Taskesen, Integrationsrat

Sarah Kinzel

Helmut Ring

Schriftführung:

Kai Uckert

Stadtelternrat

Paritätischer Wohlfahrtsverband

Es fehlen:

Marco Sahler

Peter Gelshäuser

Simon Kierdorf

Petra Clemens

Marc Adomat

Torsten Heymann

Dr. Josef Peters

Oliver Weierstall

Anja von Hebel

Vincent Naseband

Rabia Taskesen

Veronika Kuffner

SPD

OP

Bund der Deutschen Kath. Jugend
Förder- und Trägerverein freie Jugendzen-
tren

Beigeordneter

Amtsgericht

Deutsches Rotes Kreuz

Kinder- und Jugendring

Schulen (40)

BÜRGERLISTE

Integrationsrat

Evangelische Kirche

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung4
2	Niederschriften4
3	Digital-Coaches für Leverkusener Schulen, KiTas und Jugendhäuser - Antrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2022 - m. Stn. v. 19.01.2023 - Nr.: 2022/19024
4	Absicherung des niederschweligen Beratungsangebotes der Clearingstelle Offene Jugendberufshilfe (2023 - 2027) - Antrag der Kath. Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH (Herr Michael Hirth, Mitglied Kinder- und Jugendhilfeausschuss) vom 10.08.2022 - Nr.: 2022/17204
5	Anpassung der Elternbeitragssatzung für die Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder - Antrag der SPD-Fraktion vom 03.11.2022 - Nr.: 2022/18595
6	Einrichtung eines Jugendstadtrates - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 14.01.2023 (Eingang 16.02.2023) - Nr.: 2023/2091 ..6
7	Erhöhung des Haushaltsansatzes der Aufwendungen der „Hilfen zur Erziehung“ - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 16.02.2023 - Nr.: 2023/21017
8	Erlass der Haushaltssatzung 2023 - m. ergänzenden Beratungsunterlagen (Veränderungsliste) - Nr.: 2022/19767
9	Einrichtung zusätzlicher Stellen Schulsozialarbeit - Nr.: 2023/20518
	Berichterstattung zum Kinderschutz in Leverkusen8
	Bericht des Dezernenten9
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 1/2023)9

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), vereidigt zwei neue Gremiumsmitglieder. Herr Philipp Hackländer wird in Zukunft die Diakonie und Herr Faik Alkan die Arbeitsagentur im Kinder- und Jugendhilfeausschuss vertreten.

2 Niederschriften

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur 13. Sitzung (19. TA) vom 19.01.2023 zur Kenntnis.

3 Digital-Coaches für Leverkusener Schulen, KiTas und Jugendhäuser - Antrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2022 - m. Stn. v. 19.01.2023 - Nr.: 2022/1902

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über die Erledigung des Antrags abstimmen.

- einstimmig -

4 Absicherung des niederschweligen Beratungsangebotes der Clearingstelle Offene Jugendberufshilfe (2023 - 2027) - Antrag der Kath. Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH (Herr Michael Hirth, Mitglied Kinder- und Jugendhilfeausschuss) vom 10.08.2022 - Nr.: 2022/1720

Der Antragsteller Herr Hirth (Katholische Kirche) erläutert den Antrag.

Rf. Di Padova (CDU) erkennt die gute und wichtige Arbeit der OJB (Offene Jugendberufshilfe) an, sieht aber aus haushalterischer Sicht keinen Spielraum für das Beschließen des Antrags.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) unterstützt den Antrag und bittet auch die anderen Parteien um Unterstützung.

Herr Zens (Arbeiterwohlfahrt) gibt zu bedenken, dass die in der Tischvorlage genannte Fördersumme nur die Maximalsumme darstellt. Vor Juni oder Juli wäre eine entsprechende Stelle nicht zu besetzen, was den realistischen Mehrbedarf erheblich verringert.

Herr Hirth (Katholische Kirche) merkt an, dass die Beschaffung von Drittmitteln zur Deckung des Mehrbedarfs auch möglich ist, was eine zusätzliche Verringerung des Mehrbedarfs bedeuten würde.

Auf Nachfrage von Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bestätigt Herr Hirth (Katholische Kirche), dass es sich bei der Finanzierung nicht um den Erhalt bestehender, sondern um die Schaffung neuer Stellen handelt.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Hebbel (CDU) gibt den Vorsitz an Rf. Pütz (SPD) ab und äußert sich zu dem Antrag. Er erkennt den fachlichen Bedarf an, sieht die Finanzierung aber nicht gewährleistet. Der Haushalt 2023 ist bisher nur anzeigepflichtig und eine Genehmigungspflicht solle vermieden werden. Eine Deckung über nicht abfließende Mittel müsse demnach abgewartet werden.

Der Vorsitz geht wieder auf Rh. Stefan Hebbel (CDU) über.

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sieht den Kinder- und Jugendhilfeausschuss als Gremium mit der Möglichkeit ein Signal zu setzen und spricht sich für den Antrag aus.

Rf. Pütz (SPD) beantragt ein positives Votum für den Antrag durch das Gremium. Der fachliche Bedarf wird festgestellt.

Aufgrund der finanziellen Auswirkungen auf den zu erstellenden Haushalt für das Jahr 2023 wird der Antrag in den Finanz- und Digitalisierungsausschuss vertagt.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über die Vertagung in den Finanz- und Digitalisierungsausschuss abstimmen.

- einstimmig -

- 5 Anpassung der Elternbeitragssatzung für die Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder
- Antrag der SPD-Fraktion vom 03.11.2022
- Nr.: 2022/1859

Rf. Pütz (SPD) beantragt die Vertagung des Antrags.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über die Vertagung abstimmen.

- einstimmig -

- 6 Einrichtung eines Jugendstadtrates
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 14.01.2023 (Eingang 16.02.2023)
- Nr.: 2023/2091

Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) erläutert den Antrag.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) erinnert an das Konzept der Jugendbeteiligung. Der Jugendstadtrat ist einer von mehreren Bausteinen dieses Konzepts. Er schlägt vor, die Entwicklung des Konzepts zu beobachten, um einen weiteren Ressourceneinsatz zu planen.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmt Herrn Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) zu. Das Konzept der Jugendbeteiligung sieht er außerdem als umfassender als einen Jugendstadtrat, da so insgesamt eine höhere Reichweite erreicht wird. Insofern lehnt er den Antrag ab.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) ergänzt, ein Nachtreffen des Jugendstadtrats zur Evaluierung ist bereits angesetzt.

Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) sieht den Antrag als Anreiz für die Verwaltung, Mittel bereitzustellen, um diese dann zur Verfügung zu haben, so ein weiterer Jugendstadtrat gewünscht wird. Dies erhöhe die Planungssicherheit. Er stellt eine Frage an die Verwaltung, warum im Jahr 2023 6.500,00 € weniger für den Jugendstadtrat eingeplant sind als für das Jahr 2022. Er stellt außerdem in Frage, ob Herrn Frädrichs Stelle, bzw. dessen Stellenplanung ausreicht, um den Jugendstadtrat hinreichend zu betreuen.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) erläutert, Herr Frädriich bekleide eine halbe Vollzeitstelle und diese ausschließlich für das Projekt Jugendbeteiligung. Die Stadt Leverkusen hat sich für Bundesmittel, konkret, für Mittel des Zukunftspaketes, beworben. Der Zuschlag wurde erhalten. Für 2023 stehen damit ausreichend Mittel zur Verfügung. Im Herbst solle dann, nach Erstellung des Sachstandsberichts, beurteilt werden, in welche Richtung sich das Projekt entwickeln soll und wofür zukünftig Mittel bereitgestellt werden müssen. Die 6.500,00 € wurden eingestellt und somit zusätzlich für die Folgejahre aufgenommen. Es handelt sich also um zusätzliche Mittel.

Rf. Di Padova (CDU) spricht sich dafür aus, im Jahr 2023 noch einen Jugendstadtrat zu veranstalten, um diesen dann zu evaluieren.

Herr Zens (Arbeiterwohlfahrt) spricht sich gegen den Antrag aus, da Gelder beantragt werden, von denen noch nicht klar ist, ob sie tatsächlich benötigt werden. Er spricht sich für das Abwarten der Evaluierung aus.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über den Antrag abstimmen.

dafür: 1 (BÜRGERLISTE)
dagegen: 10 (2 CDU, 1 SPD, 1 FDP, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 4 Sonstige)

- 7 Erhöhung des Haushaltsansatzes der Aufwendungen der „Hilfen zur Erziehung“
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 16.02.2023
- Nr.: 2023/2101

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) erläutert, die Mittel seien im Vergleich zum Vorjahr bereits um 15 % erhöht worden. Diese setzen sich zusammen aus ca. 10 % Personalkostensteigerung und 5 % an prognostizierter Fallzahlsteigerung. Somit sei aus der Sicht des Fachbereichs Kinder und Jugend dem Antrag mit der Planung zuvorgekommen.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über den Antrag abstimmen.

dafür: 1 (BÜRGERLISTE)
dagegen: 10 (2 CDU, 1 SPD, 1 FDP, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 4 Sonstige)

- 8 Erlass der Haushaltssatzung 2023
- m. ergänzenden Beratungsunterlagen (Veränderungsliste)
- Nr.: 2022/1976

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, dass die Zahlen des Haushaltes (Band 2 Seite 95) deutlich von den Zahlen auf Seite 119 abweichen. Zu den Zeilen 7, 13, 16 und 28 bittet sie um Erläuterungen der Verwaltung, was in den Erträgen bzw. Aufwendungen enthalten ist. Des Weiteren stellt sie die Frage an die Verwaltung, warum bei der „Praxisintegrierten Ausbildung Erzieher/-in“ (Band 3 Seite 131) die Stellen von 22 auf 10 Stellen im Jahr 2023 reduziert worden sind.

Die Verwaltung kündigt eine Nachreichung der Antworten auf die Fragen an.

Beschluss zu Punkt 1.:

Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss stimmt den Ansätzen bzw. Maßnahmen, die im Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Leverkusen für das Haushaltsjahr 2023 und den darin integrierten Anlagen enthalten sind, einschließlich der bis zur jeweiligen Sitzung vorliegenden Veränderungen, für seinen Zuständigkeitsbereich zu und empfiehlt dem Finanz- und Digitalisierungsausschuss, diese dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

dafür: 10 (2 CDU, 1 SPD, 1 FDP, 2 BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, 4 Sonstige)
Enth: 1 (BÜRGERLISTE)

9 Einrichtung zusätzlicher Stellen Schulsozialarbeit
- Nr.: 2023/2051

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach den Bemühungen zum Erhalt weiterer Fördermittel.

Frau Groh-Mers (Fachbereich Kinder und Jugend) erläutert, jährlich werden Fördermittel erhalten. Diese decken 11 Schulsozialarbeiterstellen ab. In den Jahren 2021 und 2022 wurden durch das Programm Aufholen nach Corona insgesamt 7 weitere Schulsozialarbeiterstellen geschaffen.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) stellt eine Bemühung um weitere Fördergelder, so sie in Zukunft verfügbar sein sollten, in Aussicht.

Herr Hirth (Katholische Kirche) hält eine Priorisierungsliste für die Einteilung der Stellen auf die Schulen für wichtig. Er stellt grundsätzlich die Frage nach den Kriterien für die Priorisierung.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) erläutert, die Priorisierung erfolgt anhand des Schulsozialindex. Bei einem „Gleichstand“ werden die bereits bestehende Ausstattungen mit Schulsozialarbeitern der jeweiligen Schulen verglichen.

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, das Konzept der Schulsozialarbeit, inklusive der Vergabe, solle noch einmal überarbeitet werden.

Auf Nachfrage von Frau Besser (FDP) erläutert Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend), bei einem Überangebot an geeigneten Bewerbern im Herbst 2023 könnten diese Bewerber auch bei der Besetzung der Stellen Anfang 2024 berücksichtigt werden.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über den Antrag abstimmen.

- einstimmig -

Berichterstattung zum Kinderschutz in Leverkusen

Seit Anfang des Jahres wurden 78 neue Fälle nach SGB VIII §8a gemeldet. 47 Prozent davon wurden durch die Polizei, 4 Fälle durch die Schulen gemeldet. Das Niveau entspricht damit dem des Vorjahres.

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wünscht sich einen ausführlicheren Bericht.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) stellt diesen in Aussicht. Die neu geschaffene Stelle „Kinderschutzkoordination“ wird u. a. dafür zuständig sein.

Bericht des Dezernenten

Es wurde kein Bericht vorgetragen.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 1/2023)

Es wurden keine Zusatzanfragen gestellt.

Der Vorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), schließt die Sitzung gegen 18:00 Uhr.

gez.

Rh. Stefan Hebbel
Vorsitzender

gez.

Kai Uckert
Schriftführer